

Die Legende von der „kommunistischen Unterwanderung“

Was sie enthält und wem sie dient

Dr. Detlef Hensche, Jahrgang 1938, studierte Rechtswissenschaften in Bonn. Nach dem Studium war er wissenschaftlicher Assistent in Bonn, ab 1969 wissenschaftlicher Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB. Von 1971 bis 1975 leitete er die Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Er ist seit Oktober 1975 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Industriegewerkschaft Druck und Papier.

Ein Gespenst geht um im DGB. Das Gespenst der kommunistischen Unterwanderung. So sorgt sich wieder einmal Ernst Günther Vetter, Gewerkschaftsexperte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Die Roten sind auf dem Marsch, zur kommunistischen Infiltration der Gewerkschaften“ (FAZ vom 21. April 1979). Da ist in anderen Äußerungen und Artikel die Rede von kommunistischer Steuerung, Indoktrination, und wie dergleichen angsteinflößende Beschreibungen auch sonst noch lauten mögen.

Derartige Verdächtigungen sind durchaus nicht neu. Schon immer gehörte es zur Politik der Rechten im Lande, der Unternehmer und ihrer publizistischen Freunde, das Schreckgespenst kommunistisch gesteuerter Gewerkschaften an die Wand zu malen. Schon immer wurden Gewerkschafter auf diese Weise denunziert, von Hans Böckler bis Otto Brenner. Übrigens in der gleichen Weise, wie die SPD und ihre Politiker gleichlautenden Verleumdungen ausgesetzt sind: „Alle Wege führen nach Moskau“, prophezeite zum Beispiel ein Wahlplakat der CDU in den fünfziger Jahren. An dieser Politik der Verteufelung hat sich im Grunde bis heute nichts geändert.

Was jedoch gegenwärtig in die Augen sticht, ist der Umstand, daß derartige Befürchtungen neuerdings auch von Gewerkschaftern verbreitet werden. Hinter vorgehaltener Hand zunächst, nicht öffentlich. Dann zirkulierten Papiere; zunächst auch nur unter einigen gezielt Angesprochenen. Bis es dann kam, wie es kommen mußte: Presse, Rundfunk und Fernsehen nahmen sich dieser gewerkschaftsinternen Diskussion an.

Schon vor anderthalb Jahren, nach der letzten DGB-Jugendkonferenz, konnte man von kommunistischer Unterwanderung der Gewerkschaftsjugend lesen, wobei Kronzeugen aus den Gewerkschaften zitiert werden. Im Frühjahr des Jahres wurden wieder einmal, ausgehend vom Jugendbereich, ähnliche Meldungen veröffentlicht. Später war es die Auseinandersetzung über ein Buch von Deppe, Fülberth u. a. „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, die mehrere Gewerkschaftszeitungen als „Versuch parteikommunistischer Indoktrination“ klassifizierten. Als im Frühjahr des Jahres einige Sekretäre der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) zur Deutschen Angestellten-Gewerkschaft überwechselten, glaubten sie ihre Haltung publikumswirksam mit dem Argument verkaufen zu können: in der Gewerkschaft HBV seien „linksextremistische Tendenzen“ bzw. „pro-kommunistische Einflüsse“ wirksam. CSU-Generalsekretär „Stoiber ermahnt Vetter“, der kommunistischen Unterwanderung Einhalt zu gebieten, und beruft sich dabei auf ein Papier aus der Bundesjugendschule in Oberursel, wonach - so Stoiber - ein Teil der Jugendbildungsreferenten DKP-orientiert seien („Frankfurter Rundschau“ vom 18. 6. 79).

Bei alledem kehren stets dieselben Vokabeln wieder, etwa:

- „kommunistische Unterwanderung“,

- „DKP-hörig“,
- „K-Schiene“,
- „Stamokap-Fraktion“,
- „DKP-Symathisanten“ oder „Quasi-Parteimitglieder“,
- „kommunistische Indoktrination“,
- „schleichende Machtübernahme durch Kommunisten“.

Wenden wir uns zunächst den *Angriffen aus dem Kreise der Unternehmerverbände* und ihren publizistischen und politischen Freunden zu. Wo liegen die Ursachen dieser jüngst wieder verstärkt vorgetragenen Angriffe? Stehen wir etwa am Beginn einer neuen Welle des Anti-Kommunismus? Fragen, die sich nicht losgelöst von der allgemeinen ökonomischen und politischen Entwicklung der jüngsten Zeit beantworten lassen.

Grenzen der „sozialen Marktwirtschaft“

Für die Gewerkschaftsarbeit haben die letzten Jahre wesentliche, zum Teil schmerzliche Erkenntnisse gebracht. Die in den fünfziger und frühen sechziger Jahren verbreitete Vorstellung einer krisenfreien wirtschaftlichen Entwicklung, eines ständigen Aufschwungs unter kapitalistischen Bedingungen, ist gestört. Wir erleben im 5. Jahr Massenarbeitslosigkeit; selbst bei beachtlichem Wirtschaftsaufschwung, wie etwa im gegenwärtigen Jahr. Alle bisherigen Konzepte der Bundesregierung, die Vollbeschäftigung mit den klassischen Mitteln der Konjunkturpolitik wiederherzustellen, haben bestenfalls dazu beigetragen, daß sich die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter verschärft hat. Doch ihr eigentliches Ziel, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, haben sie nicht verwirklichen können.

Diese Entwicklung zwingt die Gewerkschaften dazu, nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit zu fragen und Grundentscheidungen der marktwirtschaftlichen Ordnung in Frage zu stellen. Das Vertrauen, im Selbstlauf der marktwirtschaftlichen Entwicklung, verbunden mit einigen Korrekturen, sichere Arbeitsplätze, wachsendes Einkommen und Verteilungsgerechtigkeit erreichen zu können, ist erschüttert. Die Forderungen nach Eingriffen in die Wirtschaft, nach Beschränkung der Macht großer Unternehmer und Konzerne, allgemein: nach politischen Alternativen zur marktwirtschaftlichen Ordnung, wird vernehmlicher artikuliert.

Zunehmende Polarisierung

Wie zu anderen Zeiten auch nutzen die Unternehmer und ihre Verbände die Gunst der Stunde, um die Krisenfolgen abzuwälzen. In den Betrieben werden die Belegschaften ausgekämmt. Arbeiter und Angestellte, die sich gewerkschaftlich en-

gagieren, geraten unter zunehmenden Druck. Die politische Zentralisierung auf Unternehmerseite ist fortgeschritten, sichtbar in Gestalt des „Tabu-Katalogs“. Seine eigentliche Schärfe erhält dieser Katalog durch den Einsatz der Aussperrung und durch deren Androhung für künftige Fälle. Damit soll in den zum Tabu erklärten Fragen eine Tarifblockade errichtet werden. Gleichsam als tarifpolitischer Flankenschutz zum Reformstopp auf politischem Feld.

Ja, die Krise fördert Rezepte zutage, die darauf hinauslaufen, den erreichten sozialen Besitzstand wieder abzubauen. Erinnert sei an den Ruf nach Beseitigung sogenannter ausbildungshemmender Vorschriften im Jugendarbeitsschutz. Erinnert sei weiterhin an Verwässerungen der ersten Reformschritte auf dem Gebiet der beruflichen Bildung, etwa der Ausbildereignungsverordnung oder einzelner Ausbildungsordnungen. Erinnert sei schließlich an die Auseinandersetzung um die Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes, insbesondere um die Neuformulierung der Zumutbarkeit anderweitiger Arbeit.

Entwicklungen und Bedrohungen dieser Art fordern zu stärkerem Widerstand heraus. Der bei ungebrochenem Wirtschaftsaufschwung und anhaltender Vollbeschäftigung durchaus erfolgreiche Weg, spürbare Verhandlungsergebnisse zu erzielen — dieser Weg ist schmal geworden. Und er wird zunehmend in Zweifel gezogen. Sozialpartnerschaftliche Politik stößt an ihre Grenzen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: auch in Zukunft sind Gewerkschaften und Betriebsräte auf Verhandlungen angewiesen. Auch in Zukunft werden sie auf akzeptable Vorschläge der Unternehmer eingehen. Kritik der Sozialpartnerschaft bedeutet nicht totale Konfrontation in allen Fragen und auf allen Ebenen. Nur: in zunehmendem Maße stehen die Gewerkschaften vor Situationen, in denen die Unternehmer nicht bereit sind, Kompromisse einzugehen; Situationen, in denen die Gewerkschaften deshalb gezwungen sind, ihre ganze Kraft einzusetzen, um im Kampf um sichere Arbeitsplätze, sichere Einkommen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen Erfolge zu erzielen. Die Polarisierung nimmt zu.

Das abgelaufene Jahr, 1978, mit insgesamt fünf Streiks ist das Ergebnis dieses Konfrontationskurses der Unternehmer und des zwangsläufig wachsenden Widerstandswillens der Gewerkschaften. Dabei ist bemerkenswert, daß die IG Druck und Papier sowie die IG Metall in den Arbeitskämpfen in der Druckindustrie, in der Metall- und Stahlindustrie streng genommen unter dem Ziel angetreten sind, den sozialen Besitzstand zu verteidigen. Mit anderen Worten: Kampflöse Hinnahme des Unternehmerwillens hätte bedeutet, den Abbau des sozialen Besitzstandes zu dulden.

Auf die eigene Kraft besinnen!

Im Verhältnis zur sozial-liberalen Koalition macht sich Ernüchterung breit. Selbst im Verhältnis zur SPD besteht kritische Distanz, vereinzelt sogar Verdrossenheit. Gleichzeitig gerät die Vorstellung vom neutralen Staat ins Wanken. Lange Zeit

galt innerhalb der Gewerkschaften relativ unangefochten die These, daß der Staat als Mittler zwischen den Interessengruppen neutral sei und als ausgleichender Machtfaktor die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung steuern könne. Politische Fragen jenseits der eigentlichen Betriebsarbeit und jenseits der klassischen Tarifpolitik wurden dem Parlament übertragen. Das Ende der Reformpolitik, ja das punktuelle Zurückweichen der Bundesregierung vor den Interessen großer Unternehmen und ihrer Verbände haben deutlich gemacht, daß auch die Handlungsfreiheit staatlicher Instanzen begrenzt ist. Dies hat zugleich die Notwendigkeit hervortreten lassen, sich stärker „auf die eigene Kraft zu besinnen“.

Insgesamt läßt sich diese Tendenz mit den Worten Heinz Oskar Vettors auf dem letzten Bundeskongreß umschreiben: „Nicht die Politik der gutgläubigen Partnerschaft, sondern die politische und gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiterbewegung kann alleine den Teufelskreis zerschlagen, der aus der Wechselwirkung von Krise und politischer Reaktion entsteht.“

Verstärkte ideologische Angriffe der Unternehmer

Umgekehrt geht es den Unternehmern darum, daß weiterhin Ruhe im Lande herrscht. Diesem Ziel dient das Wechselbad von vermehrten Partnerschafts- und Friedensangeboten auf der einen Seite und verstärkten propagandistischen Angriffen auf die Gewerkschaften und ihrer Rechte auf der anderen Seite.

Entscheidender Tatbestand bei alledem ist: in zahlreichen Wirtschaftszweigen stehen die Unternehmen vor Rationalisierungen beachtlichen Ausmaßes. Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung, von der Steuerung der Produktion bis hin zur Kontrolle einzelner Entscheidungsabläufe im Büro- und Dienstleistungssektor, steht unmittelbar bevor. Kein Zweifel: Unruhe in den Betrieben, verschärfte Tarifauseinandersetzungen, selbstbewußteres Auftreten von Belegschaften - all dies würde die Rationalisierungsstrategie der Unternehmen, wenn nicht durchkreuzen, so doch empfindlich stören. Die Aussicht, in den nächsten Jahren in Ruhe, unbehelligt von Gegenwehr, weiter, und zwar beschleunigt rationalisieren zu können, erscheint gefährdet.

Daher verstärken sich die Angriffe auf die Gewerkschaften; sei es, daß zentrale Reformanliegen, sei es, daß die Gewerkschaften selbst verteufelt werden. Die Propagandaformel vom „Gewerkschaftsstaat“ kennzeichnet diesen Stil.

Auf juristischer Ebene sucht man Privilegien und wirtschaftliche Macht durch verfälschende Interpretation der Verfassung auf alle Zeiten zu sichern. Die Verfassungsbeschwerde gegen das Mitbestimmungsgesetz ist nur ein Beispiel. Kaum ein soziales Reformvorhaben von Belang ist vor der Gefahr sicher, von verfassungsrechtlichen Zweifeln überzogen zu werden.

Auf ideologischem Felde steigern sich die Versuche, von der Notwendigkeit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Reformen abzulenken und die eigentlichen Krisenursachen zu vernebeln. So werden etwa Legenden verbreitet, die den Opfern die Schuld an der Krise zuschieben: angeblich sind zu hohe Löhne, eine Anspruchsinflation, die Reformeuphorie ursächlich für die wirtschaftliche Krise; oder die Masse der Arbeitslosen wird unter der Hand zu Drückebergern deklariert, die es sich in der „Hängematte“ der sozialen Sicherung bequem gemacht hätten.

Auf diese Weise werden Erklärungen, die die anhaltende wirtschaftliche Krise auf Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zurückzuführen suchen, tabuisiert. Sozialistische Positionen geraten in den Schatten der Halblegalität, gefördert durch mannigfache Disziplinierungen, wobei namentlich die Praxis des Radikalenerlasses eine verhängnisvolle Rolle spielt.

Die Bedeutung des Anti-Kommunismus

Ein wesentliches Mittel im ideologischen Kampf gegen sozialistische Forderungen und beim Versuch, die Gewerkschaften zu disziplinieren, war und ist der Anti-Kommunismus. Wie in der Vergangenheit gilt auch heute: die Zielscheibe des Anti-Kommunismus sind nicht allein die Kommunisten. Ginge es allein um ihren Einfluß, so wären Parolen wie „Unterwanderung“ oder „kommunistische Gefahr“ schlechterdings unverständlich. Die DKP spielt in der Mitgliedschaft, in Kreisen der gewerkschaftlichen Funktionäre und in den Gremien und Organen eine untergeordnete Rolle. Ihr Einfluß ist in letzter Zeit nicht etwa gewachsen. Allen gegenteiligen (und nie belegten) Behauptungen zum Trotz: der Anteil von DKP- und SDAJ-Mitgliedern unter den Funktionären der Gewerkschaften hat insgesamt in den letzten fünf Jahren nicht zugenommen. Zuwächse im Kreis Jugendausschuß X stehen Abnahmen im Vertrauenskörper des Werks Y gegenüber und umgekehrt.

Was dagegen zugenommen hat, das ist ein kritisches Potential innerhalb der Gewerkschaften; das ist der Wille zu gewerkschaftlicher Gegenwehr; das ist die Konfliktbereitschaft; das ist die Offenheit, Grundsatzentscheidungen der gegebenen Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen. Diese Haltung mag in der einen oder anderen Frage mit Vorstellungen von Kommunisten übereinstimmen. Doch sie ist deshalb noch lange nicht „kommunistisch“. Ihre Träger sind in gleicher Weise, ja in ihrer überwiegenden Mehrzahl Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre, die ihre parteipolitische Heimat in der SPD haben; hinzu kommen parteilose Mitglieder, ja auch Christdemokraten.

Gegen diese mehrheitlich von Nicht-Kommunisten getragene Politik der konsequenten Interessenvertretung richten sich im Grunde genommen die Angriffe. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Die Kampagne hat zugleich vorbeugenden Charakter: durch Abdrängen in die Halblegalität soll ein weiteres Anwachsen des kritischen Potentials innerhalb der Gewerkschaften verhindert werden.

Ein weiteres Kennzeichen ist der Appell an Emotionen. Man sucht Angst zu erzeugen. Zum Beispiel:

- Die Kommunisten bedienen sich hinterhältiger Methoden: sie unterwandern, tarnen sich, verschweigen ihre eigentlichen Ziele, täuschen also. Sie arbeiten im „Untergrund“, betreiben politische „Wühlarbeit“.
- Zugleich sind sie ferngesteuert von einer fremden Macht, der Moskauer Zentrale des Weltkommunismus; in dieselbe Richtung zielen Vokabeln wie „Einflußagent“, „kommunistisch gesteuert“ oder „kommunistisch kontrolliert“.
- Die wahren Ziele der Kommunisten sind menschenverachtende Unterjochung.
- Das alles läuft zusammen im Zerrbild „des“ Kommunisten. Offensichtlich hat er ganz bestimmte unausrottbare Eigenschaften und verborgene Ziele, die er mit allen Mitteln durchzusetzen versucht. Kommunisten können argumentieren und sich geben wie sie wollen - stets wird das Klischee *des* Kommunisten unterstellt.

Mit diesem Bündel von Etiketten ist die Grundlage bereitet, die von jeglicher sachbezogenen Argumentation befreit und Ängste mobilisiert, die sich auch unversehens zum Zwecke der Disziplinierung, ja Verfolgung einsetzen lassen. Es sei an historische Vorbilder erinnert: es ist noch nicht lange her, da diente das Bild *des* Juden, der auf verschlungenen Wegen die verdeckten Ziele des Weltjudentums umzusetzen versucht, der gleichen Emotionalisierung. Eine Emotionalisierung, die darauf hinauslief, Bürgern unseres Landes die Existenzberechtigung in der nationalen Gemeinschaft zu verweigern.

Nachdem wir zunächst Ursache und Funktion der Angriffe von außen untersucht haben, wollen wir uns jetzt der *innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung* widmen.

Grundlagen der Einheitsgewerkschaft

Die aus der wirtschaftlichen Krise folgenden Herausforderungen werden innerhalb der Gewerkschaften nicht konfliktfrei verarbeitet. Dies gilt erst recht für Einheitsgewerkschaften.

Der Zusammenschluß zu Einheitsgewerkschaften gehört sicher zu den wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung nach dem 2. Weltkrieg. Es waren die Erfahrungen der zwanziger Jahre, des Untergangs der Weimarer Demokratie und des nationalsozialistischen Terrors, die schon in den Konzentrationslagern die Grundlagen für den Zusammenschluß über die Parteigrenzen hinweg gelegt hatten. Die verhängnisvolle Spaltung, die zur politischen Lähmung, ja zur Wehrlosigkeit gegenüber dem Faschismus geführt hatte, sollte sich nie wiederholen. In diesem Geiste gründeten Christen, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, viele von ihnen schon in der Verfolgung und im Widerstand vereint, die Gewerkschaften als ge-

meinsame Organisation zur einheitlichen Interessenwahrnehmung aller abhängig Beschäftigten.

Parteilpolitische Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft bedeutet keineswegs politische Neutralität. Die Gewerkschaften sind stets zur Stellungnahme und zur kritischen Auseinandersetzung aufgerufen, auch im Verhältnis zu politischen Parteien und ihren Programmen. Parteilpolitische Unabhängigkeit bedeutet jedoch prinzipielle Gleichberechtigung politischer Vorstellungen, Zielsetzungen und Interpretationen der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit. Maßstab können allein die Anforderungen sein, die sich aus der konkreten Interessenwahrnehmung ergeben.

Folgerichtig kann es innerhalb der Einheitsgewerkschaft weder Patentrezepte noch dogmatische Festlegungen geben. So haben Vorstellungen von einer Klassengesellschaft denselben legitimen Platz wie die Annahme einer pluralistischen Gesellschaft. Oder: sozialpartnerschaftliche Leitbilder der katholischen Soziallehre sind ebenso legitim wie der Aufruf zu einer Politik der konsequenten Gegenwehr, die davon ausgeht, daß die Klassengegensätze nicht aufgehoben sind.

Der Preis der Einheit liegt folglich in einem oftmals erschwerten und langwierigen Entscheidungsprozeß sowie in der Notwendigkeit, immer wieder von neuem den eigenen Standpunkt definieren zu müssen. Damit verbindet sich eine weitere Hypothek: die Einheitsgewerkschaft ist offen gegenüber Mitgliedern und Funktionären der politischen Parteien. Jede Partei, die den Anspruch erhebt, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, muß ein natürliches Interesse daran haben, innerhalb der Gewerkschaften Fuß zu fassen. Die Einheitsgewerkschaft ist derartigen Versuchen gegenüber so offen wie kein anderer Verband. Es ist illusionär, davor die Augen zu verschließen. Einflußnahme ist sogar legitim.

Abgrenzungskriterien, die dazu helfen sollen, unzulässigen parteipolitischen Einfluß zu verhindern, sind nur schwer zu finden. So kann man nicht auf subjektive Faktoren, wie etwa persönliche Motive oder „Unterwerfungsstrategien“ zurückgreifen. Die SPD sucht in gleicher Weise ihren Einfluß auf die DGB-Gewerkschaften zu sichern und zu vergrößern wie etwa die Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Gewerkschafter oder die Funktionäre der Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Jugend im DGB-Kreisjugendausschuß. Oder, um es anders auszudrücken: Mitglieder, Funktionäre und Vorstände sämtlicher Parteien und ihrer Gliederungen suchen Gewerkschaftsmitglieder und -organe von ihren politischen Vorstellungen zu überzeugen.

Einzigster Maßstab - neben der inhaltlichen Leitlinie der Interessenwahrnehmung - ist die Loyalität gegenüber der Einheitsgewerkschaft, ihren Programmen, Satzungen und Beschlüssen. Das heißt z. B.: Fraktionsarbeit ist unzulässig. Sie wäre das Ende der Einheitsgewerkschaft. Hier, in der geheimen, nicht mehr offen diskutierten, mit Fraktionsdisziplin und Unterwerfung ausgestatteten Vorwegabstimmung

beginnt der unzulässige parteipolitische Einfluß. Umgekehrt ist es ein Gebot der Einheitsgewerkschaft, Konflikte über die Festlegung des eigenen Standorts und über die politischen Ziele rational und offen auszutragen.

Allgemein gilt: Maßstab kann allein das praktische gewerkschaftliche Verhalten sein. Ein Maßstab, der sich bisher bewährt hat, etwa bei Betriebsratswahlen. Die Arbeiter und Angestellten, die ein CDU-Mitglied oder einen Kommunisten mit großer Mehrheit in den Betriebsrat gewählt haben, haben damit nicht die Partei, sondern den gewerkschaftlichen Einsatz bestätigt - wie sich ja auch später bei politischen Wahlen zeigt. „Mitglieder und Funktionäre werden nicht nach ihrem Parteibuch bewertet. Was zählt, ist allein der Einsatz für die Interessen der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage gewerkschaftlicher Zielvorstellungen" (Hans Preiss).

. . . und ihr bleibender Auftrag

Die vorstehend genannten Prinzipien der Einheitsgewerkschaft, insbesondere Offenheit der Auseinandersetzung und Toleranz gegenüber dem Andersdenken, stehen auf dem Spiel, wenn neuerdings auch innerhalb der Gewerkschaften Etiketten verteilt und der Verdacht kommunistischer Unterwanderung erhoben werden.

Dabei fällt zunächst auf: eine inhaltliche Auseinandersetzung über Sachfragen der gewerkschaftlichen Arbeit findet kaum statt. Oder sie bewegt sich auf Feldern, die eher am Rande der gewerkschaftlichen Politik angesiedelt sind. Zum Beispiel:

- Methodenfragen im Bereich der Bildungsarbeit, die in ihrer filigranhaften Ausgestaltung nur noch von wenigen Experten nachvollzogen werden können;
- Aktionsformen in der Jugendarbeit: Angeblich sind Demonstrationen kommunistisches Machwerk;
- Meinungsverschiedenheiten über Geschichtsdarstellungen;
- Stellungnahmen (und Testfragen?) zu Vorfällen in den Staaten des „realen Sozialismus“.

Die zentralen Fragen der Gewerkschaftsarbeit spielen offensichtlich keine Rolle. Auch der Eingeweihte weiß bis zur Stunde nicht, was etwa die Besonderheiten einer kommunistischen Tarifarbeit, etwa im Unterschied zur sozialdemokratischen Politik sein sollen. Oder: Worin liegen die Merkmale einer kommunistischen Betriebsarbeit, wiederum etwa im Unterschied zur sozialdemokratischen? Vollends offenbart sich der Mangel an inhaltlicher Argumentation, wenn sich eine kritische Position, die sich selbst als links versteht, auf den Vorwurf zurückzuführen läßt: die Kommunisten zeichneten sich durch besondere Loyalität gegenüber den gewerkschaftlichen Gremien und gegenüber „rechten Aparatschicks" aus - so Hinrich Oetjen, Leiter der

Bundesjugendschule des DGB, in einem Interview in der „Tageszeitung“ vom 30. April 1979. Ist es nicht für jeden Gewerkschafter selbstverständliche Pflicht, Beschlüsse ernst zu nehmen und sich zur Organisation loyal zu verhalten? Macht sich etwa schon verdächtig, wer zum Beispiel die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung ernst nimmt?

Gewichtiger sind die Argumente, die sich auf historische Vorgänge, praktisches Verhalten und Programm der DKP bzw. SDAJ beziehen. Zum Beispiel lassen sich die RGO-Politik der KPD in den zwanziger Jahren oder die Fraktionierungsansätze in den fünfziger Jahren nicht aus der Geschichte streichen. Die Ablehnung einer solchen Politik kann nur unterstrichen werden. Mißtrauen, namentlich der älteren Generation, gestützt auf die Erfahrung derartiger Spaltungsversuche, liegt nahe. Wachsamkeit ist stets geboten. Doch solange eine Fortsetzung solcher Politik nicht nachgewiesen werden kann, darf dies auch nicht unterstellt werden. Sollten wir nicht jedem, gleich ob Sozialdemokrat oder Kommunist, und jeder Partei attestieren, aus der eigenen Geschichte zu lernen?

Somit bleibt der Vorwurf: Das alles sei ja nicht ehrlich gemeint. Wir kennen dies ja aus anderem Zusammenhang: Die Gewerkschaften fordern angeblich die Mitbestimmung, um damit ganz andere Ziele zu verwirklichen; die SPD unterstützt eine aktive Friedenspolitik, um hierzulande den Umsturz vorzubereiten; die KPI bekennt sich zum Eurokommunismus, um in Wahrheit nach einem Wahlsieg ein totalitäres Regime in Italien zu errichten; und, und, und. (Nur die CDU meint, was sie sagt.) Auch hier stellt sich die Frage: Gehört es nicht zur Offenheit der politischen Auseinandersetzung, daß man den anderen — auch den politischen Gegner — zunächst einmal in seinem Wort ernst nimmt und an seinem tatsächlichen Verhalten mißt? Und daß man ihm nicht permanent unterstellt, daß er seine wahren Ziele verbirgt?

Daß die DKP schließlich ihren Mitgliedern eine aktive Gewerkschaftsarbeit zur Pflicht macht, sollte aus der Sicht der Gewerkschaften kein Fehler sein. Ebensonenig wie ähnliche Appelle und Verpflichtungen in anderen Parteien. (Der Verfasser hat seine Zugehörigkeit zur SPD nie anders interpretiert.)

Wohlgemerkt: Natürlich werden stets erhebliche Differenzen, etwa zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, auch innerhalb der Gewerkschaften bestehen. Es kann auch nicht darum gehen, Kommunisten und ihre Politik mit Kritik zu verschonen oder die Augen vor Fehlern ihrer Partei zu verschließen. Im Gegenteil, eine kritische politische Auseinandersetzung ist unabdingbar: auch im Blick auf die Geschichte oder auf gegenwärtige Maßnahmen der sozialistischen Staaten. Keine politische Richtung und keine Partei kann einen Naturschutzpark für sich beanspruchen. Wenn inhaltliche Kritik vorgetragen wird, so hat dies deshalb auch nichts mit Anti-Kommunismus zu tun. Nur, es muß sich um inhaltliche Kritik und inhaltliche Auseinandersetzung handeln. Allgemeine Verdächtigungen ohne konkreten Beleg helfen nicht weiter.

Ähnlicher Stigmatisierung wie die Kommunisten, sehen sich die angeblichen Sympathisanten ausgesetzt. Entweder sind sie verführt, nicht wissend, vor welchen Karren sie sich spannen lassen. Oder sie arbeiten im dunkeln als Mitglieder einer Fraktion. Dabei finden sich unversehens Gewerkschafter und Funktionäre in eine angebliche Fraktion eingeordnet, die sie zeit ihres Lebens nicht wahrgenommen haben und die auch nicht existiert.

Nun gibt es in der politischen Auseinandersetzung oft eine Sprache, die sich verkürzender Chiffren bedient. „Chaoten“, „linke Spinner“ - um nur einige Beispiele zu nennen. Dieser Stil soll keineswegs verharmlost werden. Noch nie haben Stempel und Kurzformeln die inhaltliche Auseinandersetzung ersetzen können. Die Konstruktion eines Bildes wie das *des* Kommunisten, *des* Mitglieds einer Stamokap-Fraktion geht jedoch weiter. Hier werden nicht Kurzformeln verwandt. Hier wird ein Feindbild konstruiert. Und was dies angesichts des um uns herum immer noch lebendigen Anti-Kommunismus bedeutet, sollte jedem Gewerkschafter klar sein.

Bei alledem stellt sich die Frage, wieso gerade heute die Warnung vor „kommunistischer Unterwanderung“ laut werden kann.

Sollten wir etwa die Wirkungsbreite der anti-gewerkschaftlichen Angriffe von außen unterschätzt haben? Besteht am Ende die Gefahr, daß die Unternehmer mit ihren Kampagnen das erreichen, was ihr Ziel und ihre Absicht war: Unsicherheit und gegenseitige Verdächtigung in unseren Reihen zu säen? Fragen, die sich an alle Beteiligten richten. Auch der Versuch, sozialdemokratische Mitglieder als „Anhängsel der Bundesregierung“ fertig zu machen, ist alles andere als solidarische Auseinandersetzung. Wir sollten derartige Fragen nicht mit leichter Hand abtun. Ein vertrauensvolles Klima und ein konstruktives Herangehen bei allen Beteiligten ist sicher die Mindestvoraussetzung, um als Gewerkschaft unsere Zukunftsaufgaben bestehen zu können.

Wachsende Konfliktbereitschaft?

Wachsende Konfliktbereitschaft findet auch innerhalb der Gewerkschaften keineswegs ungeteilte Zustimmung. Über wirksame Strategien zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele bestehen unterschiedliche Meinungen. Selbstverständlich gibt es Mitglieder und Funktionäre, die für die Zukunft damit rechnen, eine Verschärfung der Konflikte vermeiden zu können. Eine Haltung, die davon ausgeht, der von den Unternehmerverbänden eingeschlagenen Polarisierung am besten dadurch zu begegnen, daß man die politische Großwetterlage vorüberziehen läßt, und wartet, bis das Kräfteverhältnis sich wieder besser gestaltet. Manchmal mag hier auch die Sorge vor unkontrollierten Abenteuern mitschwingen. Eine andere Haltung läuft darauf hinaus, ausgehend von den Erfahrungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß Abwarten nichts nützt, sondern daß dies nur von den Unternehmern zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Arbeiterbewe-

gung ausgenutzt wird und daß daher eine offensive Verteidigung des sozialen Besitzstandes notwendig ist, wenn wir Niederlagen und Rückschläge vermeiden wollen. Überflüssig zu betonen: beide Haltungen haben ihren legitimen Platz in den Gewerkschaften.

Darüber, über den von Fall zu Fall einzuschlagenden Weg, werden wir jetzt und in der Zukunft konkret, am Beispiel der jeweils zu lösenden Aufgabe zu befinden haben. Das wird ohnehin nicht leicht sein. Sollten wir uns diesen Prozeß noch zusätzlich erschweren durch gegenseitige Verdächtigungen wie etwa: die Polarisierung sei das Ergebnis „kommunistischer Agitation“, oder gewerkschaftliche Verhandlungstätigkeit sei „blinde Sozialpartnerschaft“?

- Die bisweilen anzutreffende Verdrossenheit gegenüber der Bundesregierung und der SPD wird mancherorts mit dem angeblich wachsenden Einfluß der Kommunisten erklärt. Muß sich nicht auch die SPD die Frage gefallen lassen, was sie in der letzten Zeit getan hat, um den Gewerkschaftern, namentlich der Jugend, eine plausible politische Orientierung zu bieten? Werden hier nicht Ursache und Wirkung vertauscht?

- Schließlich kommt die Kritik auch aus Kreisen der sogenannten undogmatischen Linken. Zugrunde liegen hier Vorstellungen, die starkes Gewicht auf Spontaneität und auf Selbstorganisation der Basis legen und die folgerichtig dem „Apparat“, der durchgängigen Organisation der Interessenwahrnehmung, mit empfindsamem Mißtrauen gegenüberstehen. Von hier aus war es in der Vergangenheit leicht, den Apparat, die Vorstände, hauptamtliche Funktionäre, „angepaßte Betriebsräte“, gewerkschaftliche Gremienarbeit und „Stellvertreter-Politik“ herber Kritik zu unterziehen. Die Vertreter dieser Position erklärten, daß sie mit ihren Vorstellungen in der Gewerkschaft nicht durchgedrungen seien. Ist das der Grund, nun das Feuer auf andere zu eröffnen? Sollte die eigene Ratlosigkeit dazu geführt haben, den Gegner nicht mehr in „angepaßten Betriebsräten“, sondern in Kommunisten und linken Sozialdemokraten zu suchen?

Verhängnisvolle Wirkungen

Welche verhängnisvolle Wirkungen die hier skizzierten Auseinandersetzungen haben, zeigt das Verhalten der Unternehmer. Sie schlachten die jüngste interne Diskussion für ihre Zwecke aus. Scheinbar haben sie eine Bestätigung für ihre schon immer vorgebrachte Behauptung von der „kommunistischen Steuerung“ all dessen, was links steht. Dazu scheuen sie keinen publizistischen Aufwand, wie diverse Ausgaben z. B. in der Reihe „Die neue Linke“ beweisen: etwa Einzeltitel wie „Gewerkschaftsjugend: von Kommunisten unterwandert“ oder „Agitation im Betrieb: die roten Kollegen“ — sämtlich herausgegeben von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Zugleich nutzen die Unternehmer die Situation, um die gewerkschaftliche Arbeit unmittelbar anzugreifen. Aktiven Jugendfunktionären werden „kommunistische Umtriebe“ unterstellt. Einzelne Unternehmer bieten den Betriebsräten und Gewerkschaften ihre „Mithilfe“ an, um „kommunistische Einflüsse“ zurückzudrängen, „da auch kein Unternehmer an einer derartigen Radikalisierung der Gewerkschaftsjugend interessiert ist, die nur den Betriebsfrieden zu stören geeignet ist. . .“, so der „Sicherheitsberater“, ein „Informationsdienst zu Problemen der Sicherheit im Betrieb, Unternehmen und Verwaltung“, der im „Handelsblatt-Verlag“ erscheint.

Wo immer man die Ursachen für die jüngsten Auseinandersetzungen suchen mag, so unterschiedlich die Motive auch sein mögen - die Methoden derer, die eine Gefahr der „kommunistischen Unterwanderung“ konstatieren, läuft — ob gewollt oder nicht - objektiv auf eine Schwächung der gewerkschaftlichen Handlungskraft hinaus. Die pauschale Verdächtigung steht im Widerspruch zu den Grundprinzipien der Einheitsgewerkschaft. Die — vielleicht ungewollte — Wirkung: Bestimmte politische Positionen werden ins Abseits des gewerkschaftspolitisch nicht mehr Zulässigen gedrängt. Und dies, obwohl ein Widerspruch zu den Mehrheitsbeschlüssen der Gewerkschaften und des DGB bisher nicht dargelegt wurde. Damit wäre letztlich der Zersplitterung und Spaltung Tür und Tor geöffnet. Eine Folge, die sicherlich niemand wünschen kann.

Im Oktober dieses Jahres begehen wir den 30. Jahrestag der Gründung des , DGB. Es bleibt zu hoffen, daß aus diesem Anlaß nicht nur Lippenbekenntnisse abgegeben werden, sondern daß wir uns auf die inhaltlichen Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und ihren bleibenden Auftrag besinnen. Dies, Solidarität und Toleranz im Innern sowie Geschlossenheit nach außen, ist um so notwendiger, als die Übergriffe auf den sozialen Besitzstand und die Angriffe auf die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit zugenommen haben und voraussichtlich weiter zunehmen werden.

Mehr denn je brauchen wir die Einsatzbereitschaft der Mitgliedschaft, die nur durch offene und aufgeschlossene Diskussion, nicht aber durch gegenseitige Verdächtigungen gefördert werden kann. Dies gilt nicht zuletzt für die Jugend. Wer sich gegen Anpassungsdruck und Duckmäsertum wendet, darf einen Stil der pauschalen Verdächtigung und des Abdrängens in die Halblegalität nicht hinnehmen.